

Mut zum Wechsel - Schluss mit dem nuklearen Bumerang –
für eine neue Entspannungspolitik

5 Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Bremen Stadt wird gebeten, sich dafür einzusetzen,
dass der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der SPD darauf hinwirken, dass

✓ Deutschland dem Atomwaffenverbotsantrag der UN von 2017 beitrifft, wie es
auch die Bremische Bürgerschaft schon 2019 beschlossen hat

10

✓ Die US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden, wie es der Bundestag
schon 2010 beschlossen hatte

15

✓ Die Bundesregierung sich aktiv für den Erhalt bzw. die Verlängerung des New
Start Vertrages über 2021 hinaus einsetzt. - Der START – Vertrag beinhaltet,
dass die Nukleararsenale der USA und Russlands auf je 800 Trägersysteme und
1.550 einsatzbereite atomare Sprengköpfe begrenzt werden.-

20

✓ Die Bundesregierung sich für die Wiederaufnahme des INF-Vertrages einsetzt,
mit dem Ziel, eine Stationierung von Atomraketen und nuklear bestückbaren
Marschflugkörpern in Europa zu verhindern. - Der INF Vertrag beinhaltet das
Verbot landgestützter atomarer Kurz- und Mittelstreckenraketen. -

25

✓ Die Bundesregierung ihr politisches Gewicht dafür nutzt, in der Außenpolitik ge-
nerell zu einer Politik der Begrenzung militärischer Bedrohungen durch vertrag-
liche multilaterale Regulierungen und Verträge zurückzukehren

✓ Deutschland die nukleare Teilhabe mit den USA beendet und darauf hinwirkt,
dass auch andere europäische Länder so handeln

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A18
--	------	-----

30

- ✓ Die Bundesregierung den Verteidigungsetat im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt nicht weiter steigert und das bei weiterem Wirtschafts- und Steuerwachstum freiwerdende Geld für soziale Zwecke, für entwicklungspolitische Unterstützungen, für ökologische Ziele beim Klimaschutz und die öffentliche Infrastruktur einsetzt

35